

## Grossratsbericht Januarsession 2011

Im Folgenden die Schwerpunkte der Januarsession:

- Sozialhilfegesetz (2. Lesung)

In der zweiten Lesung ergänzte der Grosse Rat die Mitwirkungspflicht der Klienten: Wer Sozialhilfe beziehen will, muss den Sozialdiensten schon beim Einreichen des Gesuchs eine Vollmacht zur Informationsbeschaffung erteilen. Der so genannte Artikel 8b gab zu Reden, in dem es um ebendiesen Datenaustausch geht. Strittig war, ob eine Vollmacht im Gesetz verankert werden solle, die es das einfordern von Informationen über eine Person vereinfacht. Einige sprachen sich dagegen aus, meist wie glp-CVP mit der Argumentation, dass mit Klienten im Sozialhilfereich auf einem Vertrauensverhältnis zusammengearbeitet werden sollte und die Einführung einer Vollmacht gleich zu Beginn eines Beratungsverhältnisses quasi ein „Misstrauens-Vorschuss“ sei. 8b wurde stillschweigend angenommen und die 2. Lesung wurde schlussendlich 137:4 bei 2 Enthaltungen angenommen.

- Wassernutzungsgesetz (2. Lesung)

Hier stellte Fritz Ruchti, SVP folgenden Antrag: „..., Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a wie folgt anzupassen: «Trinkwasser und Wasser für öffentliche Betriebe fünf Franken je konzidierten Liter pro Minute und drei Rappen je bezogenen Kubikmeter Wasserbeziehungsweise 20 Prozent des verbrauchsunabhängigen Wasserzinses für Notwasserversorgung.» Glp-CVP folgte der Antragssteller dahingehende, dass eine Annahme des Antrags zu mehr subsidiärer Eigenverantwortung für die Gemeinden führen könnte, nicht jedoch, um Gelder „umzuleiten“. Die 2. Lesung kam denn auch durch ohne Annahme des Antrags Ruchti mit 119:4 Stimmen.

- Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (2. Lesung)

Mit dem sogenannten Disparitätenabbau wird die ungleiche Steuerkraft der Gemeinden (aufgrund eines Steuerertragsindex) teilweise ausgeglichen. Die pauschalen Abgeltungen der Zentrumslasten für Bern, Biel und Thun werden moderat erhöht – auf insgesamt 91 Millionen.

Diese Abgeltung wird künftig voll vom Kanton (und nicht mehr zu einem Viertel auch durch die Agglomerationsgemeinden) finanziert. Die Unterstützung ländlicher Gemeinden wird verstärkt. Um Fehlanreize zu vermeiden, wird die Bedingung aufgehoben, dass die Steuerbelastung der unterstützten Gemeinden sehr hoch sein muss. Der Regierungsrat kann aber Gemeinden in guten Verhältnissen die Zuschüsse streichen. Wichtige Änderungen gibt es bei der Bildungsfinanzierung. Die Gemeinden erhalten für die Volksschule künftig topografisch und sozial abgestufte Beiträge pro Schüler – und es wird ihnen mehr Kostenverantwortung bei der Gestaltung der Schulstrukturen übertragen. Eine Gemeinde wird künftig finanziell stärker spüren, ob sie mehr oder weniger Klassen führt. Zu Reden gab wie schon bei der 1. Lesung ein bürgerliches Ansinnen, in der Sozialhilfe mittels eines Bonus-Malus-System sparsame Gemeinden zu belohnen und weniger sparsame zu bestrafen, was die glp-CVP wie auch der Rat ablehnte. Das Gesetz 2. Lesung wurde mit 134:11 und 0 Enthaltungen angenommen.

- Beitrag aus dem Sportfonds an den Neubau der "Stades de Bienne"

Nach bewegter Vorgeschichte war die Vorlage nun auf die Sonderprüfung der Finanzkontrolle und auf das Rechtsgutachten der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion abgestützt und alle relevanten, stimmigen Zahlen von Biel waren mit berücksichtigt. Die Vorlage wurde mit 130 Stimmen und keiner Gegenstimme und 3 Enthaltung angenommen.

- Vorstösse im Zusammenhang mit dem geplanten AKW Mühleberg

Hier kam es zu einer Grundsatzdebatte, die wie so oft stark von links-rechts Dogmen dominiert war. Neu an der Debatte war ein Vorschlag, gemeinsam an einem runden Tisch lösungsorientiert die Thematik aufzunehmen. An diesem runden Tisch wird die Fraktion glp-CVP vertreten sein. In der Debatte zu den Vorstössen trat die glp-CVP klar für die Energiewende ein und wies auf darauf hin, was die Liste der Vorstösse klar zum Ausdruck brachte: Mehr Halbwissen und Informationslücken, die mehr Angst auslösen sollte als die viel zitierte Stromlücke. Die Mehrheit der Interpellierenden war denn auch mit der Beantwortung ihrer Vorstösse nicht zufrieden.

Biel/Bienne, 14.2.2011

Sabine Kronenberg für die glp-CVP Fraktion des Grossen Rates Bern



Grünliberale Partei  
Kanton Bern  
Postfach 6350  
3001 Bern  
be@grunliberale.ch  
www.be.grunliberale